

Niederschrift

über die 18. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach am Freitag, dem 20. Januar 2006, 16.00 Uhr bis 20:05 Uhr, im Saal 13, Verwaltungsgebäude, Markt 22

<u>Anwesenheit:</u>	CDU:	Köckert , Adam, Braun, Leutheuser, Mereuta, Meyer, Müller, Dr. Oefner, Ruhkamp (bis 17.55 Uhr), Dr. Sinn, Straßburg (bis 19.30 Uhr), Suck
	PDS:	May , Bauer, Duft, Pechstädt (bis 19.40 Uhr), Schenke, Werner (bis 19.40 Uhr), Wolf
	SPD:	Doht , Gentzel (bis 19.00 Uhr), Levknecht (bis 19.20 Uhr), Dr. Schenk, Stein, Tikwe, T.
	Bündnis 90/ Die Grünen:	Rexrodt , Schweßinger
	BfE:	Gottstein , Apel (bis 18.40 Uhr), Rabe
	EA:	Hofmann , Fischer

Stadtverwaltung:

Oberbürgermeister, Herr Schneider
Bürgermeister, Herr Nielsen
Dezernentin, Frau Lieske

Büroleiter OB, Herr Dr. Nienaber
Referent für Bau, Verkehr und Umwelt, Herr Päsler
Pressestelle, Herr Wuggazer
Gleichstellungsbeauftragte, Frau Quentel
Amtsleiter Haupt- und Organisationsamt, Herr Strathmann
Amtsleiterin Personalamt, Frau Jaritz
Stellv. Amtsleiter Personalamt, Herr Zuschlag
Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt, Frau Kirschner
Amtsleiter Finanzverwaltung, Herr Hartmann
Stellv. Amtsleiter, Amt für Brand- und Katastrophenschutz,
Herr Gertler
Amtsleiterin Ordnungsamt, Frau Kirchner
Amtsleiterin Sozialamt, Frau Kranz
Abteilungsleiter Schulverwaltung, Herr Seelig
Amtsleiterin Amt für Stadtentwicklung und Wirtschaft, Frau Menge
Werkleiter Stadtwerke, Herr Benick

entschuldigt: Herr Lindig – CDU - verhindert
Herr Tikwe, H. - krank
Herr Voß – Die LINKE.PDS - verhindert
Frau Schultz – B 90/Die Grünen - verhindert

Gäste: Herr Prof. Dr. Butscher, sachkundiger Bürger
 Herr Jentsch, sachkundiger Bürger
 Frau May, sachkundige Bürgerin
 Seniorenbeauftragte, Frau Schöllner
 Presse
 Bürger

Schriftführer: Frau Steffan
 Frau Seelig

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, eröffnet die 18. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach und begrüßt alle Anwesenden.

Die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung wird festgestellt. Dagegen werden keine Einwände erhoben.

Zu Beginn der Sitzung sind 32 Stadtratsmitglieder anwesend und 4 entschuldigt. Damit ist die Beschlussfähigkeit der Sitzung entsprechend § 36 Abs. 1 ThürKO festgestellt.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, gratuliert den Stadtratsmitgliedern, die zwischen der letzten Sitzung und der heutigen Sitzung Geburtstag hatten.

Zusätze und Änderungen zur Tagesordnung liegen nicht vor, so dass die vorliegende Tagesordnung gilt.

Nr. 2 der TO: Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde wurde keine Frage eingereicht.

Nr. 3 der TO: Genehmigung der Niederschrift über die 17. Sitzung am 16. Dezember 2005 – öffentlicher Teil

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, erklärt, dass zur Niederschrift über die 17. Sitzung des Stadtrates am 16. Dezember 2005 kein Änderungsantrag vorliegt.

**Abstimmung: 28 Stimmen dafür
 0 Stimme dagegen
 2 Stimmenthaltungen**

Damit ist der öffentliche Teil der Niederschrift bestätigt.

Beschluss-Nr.: 0300/2006

Nr. 4 der TO: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, weist darauf hin, dass Folgendes in schriftlicher Form vorliegt:

- „Thüringer Rose“ – Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen
- Sanierung und Umbau der 4. Grundschule
hier: Sachstand
- Neubau der Berufsschule in Eisenach

Nr. 5 der TO: Berufung eines sachkundigen Bürgers in den Ausschuss für Bildung, Schule und Sport

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Die Berufung von Herrn Dr. Günther Schmidt als sachkundigen Bürger in den Ausschuss für Bildung, Schule und Sport.**

**Abstimmung: 31 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0301/2006

**Nr. 6 der TO: Tonaufnahme der Stadtratssitzung zur Übertragung im Wartburg-Radio
hier: Einwilligung gem. § 5 Abs. 3 Geschäftsordnung**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Verweisung in den Haupt- und Finanzausschuss mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Die Verweisung der Beschlussvorlage in den Haupt- und Finanzausschuss.**

**Abstimmung: 31 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

**Nr. 7 der TO: Haushaltssatzung der Stadt Eisenach mit den Anlagen für das Haushaltsjahr 2006 und Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadtwerke für das Wirtschaftsjahr 2006
hier: Beratung und Beschlussfassung**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 3 Stimmenthaltungen.

Der Ausschuss für Familie, Jugend, Soziales und Gesundheitswesen empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Der Ausschuss für Bildung, Schule und Sport empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 9 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Werkausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 4 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 3 Stimmenthaltungen.

Der Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 4 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 3 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 4 Stimmenthaltungen.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, verweist auf die Austauschblätter. Der Haupt- und Finanzausschuss hat die Bereitstellung von Mitteln für die Sanierung der Aula der Goetheschule beschlossen. Des Weiteren verweist der Oberbürgermeister, Herr Schneider, auf die Auflistung der Parkgebühren.

Die Vorsitzende der Bündnis 90/Die Grünen – Stadtratsfraktion, Frau Rexrodt, verweist zunächst auf die unredlichen Rahmenbedingungen, die vom Land vorgegeben sind. Des Weiteren geht Frau Rexrodt auf die Ziele der Fraktion bei der Haushaltsplanung ein. Dabei macht Frau Rexrodt deutlich, dass eine Weiterführung des bisherigen Kurses die Stadt tiefer in eine Sackgasse führt. Es gibt nur drei Stellschrauben erklärt Frau Rexrodt: 1. Laufende Ausgaben senken; 2. Schulden machen; 3. Steuern und/oder Gebühren erhöhen. Hierzu erklärt Frau Rexrodt, dass in den letzten Jahren Schulden gemacht und die Steuern und Gebühren angehoben wurden. Es stellt sich aber die Frage, wo wurden die laufenden Ausgaben gesenkt. Nach Meinung von Frau Rexrodt muss Ausgaben- und Aufgabenkritik geübt werden und die Bürger- und Bürgerinnen müssen in einer breiten und öffentlichen Diskussion beteiligt werden. Dafür eignet sich ein Bürgerhaushalt, der nach Ansicht von Frau Rexrodt beim Haushalt 2007 zum Tragen kommen sollte. Weiterhin fordert Frau Rexrodt die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements. Frau Rexrodt führt des Weiteren aus, wo nach Ansicht der Fraktion in den letzten Jahren unwiederbringliche öffentliche Mittel verloren gegangen sind. Frau Rexrodt fordert nicht nur die Senkung der laufenden Ausgaben, sondern auch das Überdenken der laufenden Ausgaben. So stellt sich für Frau Rexrodt die Frage, warum in der gesamten Innenstadt noch weit nach Weihnachten die gesamte Festbeleuchtung brennt. Abschließend verweist Frau Rexrodt auf die Zusagen, dass die Einnahmen, Ausgaben, Zins und Tilgung der Sanierung der Jakobschule in den kommenden Haushalten übersichtlich dargestellt werden, sowie die Finanzierung der Sanierung der Aula der Goetheschule. Abschließend bittet Frau Rexrodt um ehrliche und gemeinsame Arbeit der Verwaltung und des Stadtrates. Hinsichtlich der Abstimmung erklärt Frau Rexrodt, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen aus zwei Gründen dem Haushalt seine Zustimmung erteilt. Zum einen aufgrund der Zuschüsse für die Freien Träger, auf die diese durch die Familienoffensive angewiesen sind und zum anderen damit die Aula der Goetheschule noch in diesem Jahr feierlich eröffnet werden kann.

Der Redebeitrag liegt schriftlich vor und wird als Anlage zum Protokoll genommen.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, geht auf die Anmerkungen von Frau Rexrodt zum Thema „Schulden“ ein und erklärt, dass 1998 der Schuldenstand der Stadt Eisenach 45.973.000 Euro betrug. Im Jahr 2006 beträgt der Schuldenstand 37.692.000 Euro. Trotz schwieriger Haushaltslage wurden insgesamt rund 8.300.000 Euro Schulden abgebaut. Auch mit der geplanten Kreditaufnahme wird weiterhin eine Nettoentschuldung von 160.000 Euro vorgenommen.

Der Vorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann, erklärt, dass sich für die Fraktion der Maßstab am Haushalt an den Bedürfnissen und Erwartungen der Bürger an eine lebens- und liebenswerte Stadt orientiert. Hinsichtlich der Erwartungen der Bürger geht Herr Hofmann auf den Zustand der Fröbelstraße ein und führt beispielhaft die Hinweise eines Bürgers auf. Für Herrn Hofmann stellt sich die Frage, wie man dem Bürger am besten erklärt, dass im Haushalt zwar einige Maßnahmen geplant sind, jedoch nicht alles getan werden kann, was zur Erhaltung und Erneuerung der Stadt nötig ist. Sicherlich erwarten die Bürger nicht, führt Herr Hofmann aus, dass ein neuer Eifelturm gebaut wird, jedoch wird erwartet, dass in Eisenach, als Stadt mit der größten Industriedichte von ganz Ostdeutschland, die Straßen, Gehwege, Brücken und Grünanlagen in Ordnung sind. Es stellt sich für Herrn Hofmann die Frage, wie man es vor den kommenden Generationen rechtfertigen soll, dass man jetzt nur Mangel verwaltet und die Probleme auf die Bürger abwälzt. Des Weiteren geht Herr Hofmann auf die Vorgaben von Bund und Land ein, die die kommunale Selbstverwaltung immer mehr einschränken. Herr Hofmann fordert eine Finanzausstattung für die Kommunen, die eine kommunale Selbstverwaltung ermöglicht. Herr Hofmann verweist nochmals auf die Straßen in Eisenach und erklärt, dass beim gegenwärtigen Tempo der Straßensanierung von ein bis drei Straßen im Jahr und einer Anzahl von 300 Straßen, es ca. 150 Jahre dauern wird, bis alle Straßen einmal saniert wären. Des Weiteren geht Herr Hofmann auf die alternativen Finanzierungsmodelle ein und macht deutlich, dass diese zu einer Beschleunigung der Fahrt in die Sackgasse beitragen. Abschließend erklärt Herr Hofmann, dass Sparvorschläge bei diesem Haushalt schwer zu machen sind. Aus diesem Grund fordert Herr Hofmann den Einsatz für eine bessere Einnahmesituation. Die EA-Stadtratsfraktion lehnt den Haushalt ab, erklärt Herr Hofmann.

Der Redebeitrag liegt schriftlich vor und wird als Anlage zum Protokoll genommen.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, verweist auf die Seite 361 (Verwaltungshaushalt) und erklärt, dass für Straßenunterhaltung 390.000 Euro eingeplant sind.

Der Fraktionsvorsitzender der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein, nennt zunächst die Eckdaten des Haushaltes. Dabei benennt Herr Gottstein die fehlenden Einnahmen aufgrund der erfolgten Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich. Des Weiteren macht Herr Gottstein deutlich, dass mit der geplanten Kreditaufnahme der beschrittene Weg der vergangenen Jahren, einen ausgeglichenen Haushalt ohne Kreditaufnahme zu haben, nicht weiter verfolgt werden kann. Auch auf den Aufbrauch der allgemeinen Rücklage verweist Herr Gottstein, da damit die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt nicht mehr nachgewiesen werden kann. Weiterhin geht Herr Gottstein auf die Arbeitszeitverkürzung bei den Mitarbeitern der Verwaltung ein, die auch in diesem Jahr wieder eingeplant ist und bedankt sich für den geleisteten Beitrag. Des Weiteren merkt Herr Gottstein an, dass einige wichtige Maßnahmen im investiven Bereich, wie zum Beispiel: Sanierung und Umbau der Jakobschule, Aussenfassaden der Georgenschule und des Elisabeth-Gymnasiums, Neubau bzw. Sanierung von Kindergärten, Weiterführung der Sanierung des Stadtschlosses, Stützmauern, Sanierung Lippold-Straße, geplant sind. Die BfE-Stadtratsfraktion hat auf eigene Vorschläge zur Umfinanzierung nach den verschiedenen Beratungen mit dem Oberbürgermeister, der Dezernentin und der Kämmerei verzichtet, da es auch risikobehaftete Haushaltsansätze gibt, bei denen nicht klar ist, ob die Einnahmen in der geplanten Höhe zu realisieren sind. Abschließend erklärt Herr Gottstein, dass die BfE-Stadtratsfraktion dem vorgelegten Haushaltsplan zustimmt.

Der Redebeitrag liegt schriftlich vor und wird als Anlage zum Protokoll genommen.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, merkt an, dass bei den geplanten Mitteln für die Predigerkirche, die Herr Gottstein angesprochen hat, noch keine Fördermittel enthalten sind, daran wird noch gearbeitet.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Doht, hebt zunächst hervor, dass der Haushalt bereits jetzt zur Beschlussfassung vorliegt. Anschließend erklärt Herr Doht, dass die kreativen Zeiten der Mandatsträger vorbei sind. Und doch, macht Herr Doht deutlich, muss sich die Stadt Eisenach hinter anderen Kommunen nicht verstecken. Sie kann sich bestimmte Dinge noch leisten, die sich andere schon lange nicht mehr leisten können. Des Weiteren geht Herr Doht auf die Familienoffensive des Landes Thüringen ein und hebt positiv hervor, dass es gelungen ist, die Mehraufwendungen in Höhe 190.000 Euro für die freien Träger zur Verfügung stellen zu können. Diese Sachen sind bei Diskussionen über Straßen zu beachten, da man Prioritäten setzen muss. Unter diesen Gesichtspunkten kann die SPD-Stadtratsfraktion vieles mit tragen, erklärt Herr Doht. Es ist weiterhin positiv zu verzeichnen, teilt Herr Doht mit, dass trotz der vielen immer wieder vorkommenden Gesetzesänderungen, der Haushalt fast fristgemäß vorliegt. Herr Doht lobt hierbei die Arbeit der Kämmerei. Negativ verzeichnet Herr Doht den Zeitdruck für die Abgeordneten. Aufgrund der schwierigen Situation ist es oft schwer, sich einen Überblick zu verschaffen. In diesem Jahr kommt noch erschwerend die große Budgetierung beim Eigenbetrieb hinzu. Denn es ist wichtig, hebt Herr Doht hervor, dass es eine Opposition gibt, die hinterfragt. Dies war bei den Diskussionen in den Ausschüssen erkennbar. Für Herrn Doht ist es Aufgabe der Opposition auch in Zeiten enger Haushaltsführung ihrer Rolle nachzukommen, auf Spielräume sowie auf Dinge hinzuweisen, wo etwas bzw. wo etwas nicht ausgeschöpft ist. Bei den Diskussionen ist der SPD-Stadtratsfraktion doch einiges aufgestoßen. Unterstützen wird die Fraktion die Investitionsmaßnahme in der Goetheschule, die durch die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion gefordert wurde. Für Herrn Doht war es jedoch verwunderlich, dass für die Deckung 26.000 Euro zur Verfügung stehen, die bisher gar nicht im Haushalt berücksichtigt waren. Des Weiteren hält Herr Doht es für richtig, dass die Soziale Sicherung und die Jugendarbeit mit einem Anteil von 45 % im Haushalt beinhaltet ist und für ihn ist es ein Glück, dass man sich weiterhin einen hohen Kulturretat leisten kann. Dies steht jedoch im Zwiespalt mit der Förderung der Vereine, insbesondere bei der Kultur und im Sport. Auch die geringen Investitionen bei den Schulen sind nicht zu unterschätzen. Es ergibt sich die Frage, was kann man sich zukünftig noch leisten. Für Herrn Doht ist es richtig, dass man dieses Jahr den „Sängerkrieg“ und im nächsten Jahr das „Elisabethjahr“ vorbereitet, sowie die Durchführung von eigenen Kulturveranstaltungen plant. Oberste Priorität im Bereich der Kultur hat für Herrn Doht die Erhaltung des Theaters. Im Bereich der Kultur ist Herrn Doht aufgefallen, dass beim Haushaltsansatz „Ausstellungen und Veranstaltungen des Museums“ eine Erhöhung von im vergangenen Jahr geplanten 2.700 Euro auf 30.000 Euro zu verzeichnen ist. Hierbei wurden zwar auch Veranstaltungen im Rahmen des „Sängerkrieges“ berücksichtigt, aber es ist auch eine Unterstützung für eine „Dr. Kleist – Ausstellung“ enthalten. Herr Doht fragt, ob hier die Prioritäten bei der Kulturarbeit richtig gesetzt sind? Wenn man im Gegensatz bemerkt, dass die Mittel für den Klavierwettbewerb auf „0“ gesetzt wurden. Zum Glück wurde für den Klavierwettbewerb ein Weg gefunden. Obwohl dieser wieder Fragen aufwirft, da hier wieder Gelder in Höhe von 8.400 Euro auftauchen, die nicht im Haushalt berücksichtigt sind. Und hierbei geht es weiter, bei der Einnahme – Haushaltsstelle „Erbbaurecht“ wurde auf Nachfrage im Haupt- und Finanzausschuss mitgeteilt, dass hierbei ein Abstimmungsfehler besteht, auch hier sind Mehreinnahmen in Höhe von 11.300 Euro zu erwarten. Abschließend erklärt Herr Doht, dass man sich

diesem Haushalt grundsätzlich nicht verwehren kann, aber die SPD-Stadtratsfraktion stellt noch folgende Änderungsanträge:

1. **Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt den vorliegenden Haushaltsplan mit folgender Änderung.**
55000.71800 - Sportförderung
Aufstockung des Zuschusses an übrige Bereiche um 2.900 Euro auf 7.900 Euro
Deckungsvorschlag:
32100.60000 – Veranstaltungen und Ausstellungen
Reduzierung von 30.000 Euro auf 28.000 Euro
05000.10000 - Mehreinnahme von der Gemeinde Hörselberg von 900 Euro

2. **Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt den vorliegenden Haushaltsplan mit folgender Änderung.**
63000.51000 – Gemeindestraßen
Aufstockung der Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens um 52.100 Euro auf 442.100 Euro
Deckungsvorschlag:
61000.65500
Reduzierung Ausgabe Flächennutzungs- und Bebauungsplänen von 105.800 Euro auf 80.000 Euro
88000.14030
Mehreinnahme Erbbaupacht in Höhe von 11.300 Euro
61500.65500
Reduzierung Ausgabe Sachverständigen- und Gerichtskosten von 30.000 Euro auf 15.000 Euro

Herr Doht begründet die Änderungsanträge.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, bedauert, dass die Änderungsanträge jetzt erst eingereicht werden und erklärt, dass für die Sportförderung Mittel bereitgestellt wurden. Des Weiteren verweist der Oberbürgermeister, Herr Schneider, hinsichtlich der Ausstellungen und Veranstaltungen des Museums darauf, dass mit dem Fortgang der Sanierung Stadtschloss auch die entsprechenden Räume ausgestattet werden müssen. Für den Oberbürgermeister, Herr Schneider, ist weiterhin nicht klar, warum die Mittel bei der Straßenunterhaltung erhöht werden sollen, denn die eingestellten 390.000 Euro stellen einen bereits guten Ansatz dar. Eine Reduzierung bei den Sachverständigen- und Gerichtskosten ist für den Oberbürgermeister, Herr Schneider, vollkommen unklar, da diese Mittel mit Maßnahmen untersetzt sind, genauso die Reduzierung bei den Flächennutzungs- und Bebauungsplänen. Da nach der Änderung des Baugesetzbuches der Flächennutzungsplan Voraussetzung ist, für eine Vereinfachung bei der Genehmigung von Bebauungsplänen. Abschließend geht der Oberbürgermeister, Herr Schneider, nochmals auf den Zeitpunkt der Einreichung der Änderungsanträge ein.

Der Fraktionsvorsitzende der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein, unterstreicht die Aussage des Oberbürgermeisters, dass die Anträge früher hätten eingereicht werden sollen. Des Weiteren erklärt Herr Gottstein, dass man sich mit dem ein oder anderen Punkt der Anträge anfreunden könnte. Herr Gottstein schlägt vor, dass man die Deckung für die Erhöhung der Sportförderung mit einer Sperre versieht und in den Ausschüssen, bei einem nach seiner Ansicht notwendigen Nachtragshaushalt, darüber berät. Eine Einschätzung zum zweiten Antrag kann Herr Gottstein nicht vornehmen.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Doht, erläutert, dass die Einreichung der Änderungsanträge erst jetzt erfolgt, aufgrund der Kürze der Zeit, die für die Haushaltsberatung zur Verfügung steht. Herr Doht führt aus, dass hierbei ein Zwiespalt entsteht, man will zum einen den Haushalt so schnell wie möglich haben und auf der anderen Seite werden die Fragen erst in den Ausschusssitzungen beantwortet oder Hinweise auf eventuelle Mehreinnahmen gegeben, über die man erst danach beraten kann. Vielleicht sollte man den Haushalt über zwei Monate beraten, schlägt Herr Doht vor. Abschließend verweist Herr Doht auf die Seite 398 des Haushaltes. Dort sind Gewerbesteuern in Höhe von 15,5 Millionen Euro ausgewiesen, knapp eine Million Euro mehr als im Jahr 2005. Diese Zahl beruht auf einem großen Maß Hoffnung in diesem Haushalt, dass Herr Doht gerne mit tragen will. Aus diesem Grund bittet Herr Doht, dass man auch die kleinen Maßnahmen machbar machen sollte.

Die Vorsitzende der DIE LINKE.PDS-Stadtratsfraktion, Frau May, geht auf die Kreditaufnahme und die Verwendung der allgemeinen Rücklage ein, die notwendig waren, um den Haushalt ausgleichen zu können. Des Weiteren verweist Frau May auf die wieder angekündigten Maßnahmen des Landes zur Sanierung des Landeshaushaltes auf Kosten der Kommunen. Aufgrund der Unberechenbarkeit der Maßnahmen des Landes fordert Frau May, dass die Finanzbeziehungen zwischen dem Land und den Kommunen neu geordnet werden. Hinsichtlich der Haushaltslage in Eisenach fragt sich Frau May, wie es in den nächsten Jahren weitergehen soll, wenn man jetzt die Reserve aufbraucht. Weiterhin geht Frau May auf die Familienoffensive ein und verweist auf die damit verbundenen Nachteile für die Bürger. Auch auf die Kürzung bei der Investitionspauschale für die Schulen geht Frau May ein. Hierbei ergibt sich für Frau May die Frage, was mit dem Versprechen des Landes ist, mehr in die Bildung zu investieren. Abschließend erklärt Frau May, dass sich die PDS-Stadtratsfraktion der Stimme enthalten wird, da es für sie unverständlich ist, dass obwohl Umverteilungsvorschläge beim Land gemacht wurden, die die Kommunen besser gestellt hätten, diese nicht beachtet wurden. Mit der Stimmenthaltung will man sein Nichtverständnis für diese Dinge zum Ausdruck bringen.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert, erklärt, dass man im achten Jahr einer versprochenen, aber nicht durchgeführten, Gemeindefinanzreform und im zweiten Jahre einer eklatanten Schlechterstellung größerer Gemeinden lebt. Bund und Land haben den Kommunen zusätzliche Aufgaben aufgedrückt, aber diese nur zum Teil mit Mitteln ausgeglichen. Das man trotzdem einen Haushalt vorlegen kann, teilt Herr Köckert mit, zeigt, dass die Stadt Eisenach kräftig ist, um die auf sie zukommenden Probleme zu lösen. Herr Köckert hegt jedoch Zweifel, ob dies im nächsten Jahr auch noch möglich ist, wenn sich an der Einnahmesituation nicht noch etwas ändert. Herr Köckert verweist weiterhin auf die Maßnahmen, die die Stadt leistet, trotz der schwierigen Finanzlage. Die Sozialausgaben sind von 29 Millionen Euro im Jahr 2000 auf 38 Millionen Euro im Jahr 2006 gestiegen. Damit nehmen die Sozialausgaben mit den Bereichen Erziehung und Bildung einen Gesamtanteil von über 50 % ein. Dies macht deutlich, dass die Kommunen das Land über die Jahre entlastet haben, aber es wurden nur zum Teil Kompensierungsmittel mitgegeben. Eine weitere große Leistung ist die Beibehaltung der Ausgaben im Bereich Kultur. Man kann sich sicherlich streiten, ob man etwas mehr Geld für die Straßen ausgibt, denn wir brauchen viel Geld für die Straßen, macht Herr Köckert deutlich. Aber auch für die Schulinvestition brauchen wir viel mehr Geld. Hierbei wünscht sich Herr Köckert eine vielleicht noch kreativere Herangehensweise. Hinsichtlich der Aussage von Herrn Hofmann zur Finanzierung der

Jakobschule stellt Herr Köckert klar, dass diese Maßnahme bereits vor zwei Jahren beschlossen wurde und nicht erst jetzt im Zuge der Oberbürgermeisterwahl. Des Weiteren verweist Herr Köckert auf die Fördermittel für die Jakobschule, die, wenn man diesen Weg nicht gewählt hätte, verloren wären. Weiterhin erklärt Herr Köckert, dass der Haushalt zwei Risiken birgt. Das eine Risiko ist die veranschlagte Gewerbesteuererinnahme. Hierzu teilt Herr Köckert mit, dass die Wirtschaft wieder stärker wird, womit ein Anstieg bei den Investitionen zu verzeichnen sein wird. Doch mit einem Anstieg der Investitionen steigen auch die Möglichkeiten der Abschreibung, so dass die Steuereinnahmen wieder zurückgehen werden. Der zweite Risikofaktor sind die Personalkosten. Bei den Personalkosten wurde der Stundensatz berücksichtigt, der aber nur bis zum April dieses Jahres gilt. Wird dies nicht weitergeführt, schnellen die Personalkosten nach oben, was wiederum andere personalrechtliche Maßnahmen erfordert. Diese Angelegenheit liegt bei der Verwaltung und der Gewerkschaft. Herr Köckert bedankt sich bei den Mitarbeitern für die Reduzierung der Stunden ohne Ausgleich und verbindet dies mit der Bitte, dass es weitergeführt wird, da der Haushalt nur damit funktioniert. Zu den Anträgen der SPD-Stadtratsfraktion erklärt Herr Köckert, dass diese sehr komplex sind. Eine Reduzierung der Mittel bei den Flächennutzungs- und Bebauungsplänen hält Herr Köckert nicht für möglich, da dies sonst eine Belastung bei den Bebauungsplänen in den Folgejahren darstellt. Dies sollte nach Ansicht von Herrn Köckert noch mal in einer kurzen Pause beraten werden. Abschließend fragt Herr Köckert den Vorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion, Herrn Doht, ob dieser dem Haushalt zustimmt.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Doht, äußert, dass der Haushalt nicht so schlecht ist, dass man ihn ablehnen kann. Insbesondere die Maßnahme zur Sanierung der Aula der Goetheschule sowie die Erhöhung der Zuschüsse für die freien Träger aufgrund des Familienförderungsgesetzes machen eine Ablehnung durch die SPD-Stadtratsfraktion unmöglich. Ausschlaggebend wird jedoch die Haltung zu den gestellten Anträgen sein, ob man sich enthält oder zustimmt, erklärt Herr Doht.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, bedankt sich zunächst für die Würdigung der Arbeit der Verwaltung durch die Fraktionen. Des Weiteren bedankt sich der Oberbürgermeister, Herr Schneider, bei allen Stadtbediensteten, die ihren Anteil am Haushalt haben.

Pause von 17:40 Uhr bis 17:45 Uhr

Das Stadtratsmitglied, Herr Suck, erklärt aus Sicht der Ortsteile, dass positiv hervorzuheben ist, dass Mittel für das Flurneuordnungsverfahren eingestellt wurden, da dies die wichtigste Maßnahme für die zukünftigen Jahre in den Ortsteilen darstellt. Des Weiteren bedankt Herr Suck sich für die Bereitstellung von 2.500 Euro für jeden Ortsteil. Damit werden zum Beispiel in Stockhausen Räumlichkeiten für die Jugendfeuerwehr Stockhausen/Hötzelsroda geschaffen. Herr Suck merkt jedoch an, dass im Haushalt kaum Mittel für die Gewässer 2. Ordnung eingestellt wurden. Nach Meinung von Herrn Suck wird dies die Stadt irgendwann einholen. Aus diesem Grund fordert Herr Suck Maßnahmen für den Hochwasserschutz. Weiterhin erklärt Herr Suck, dass die Reduzierung der Mittel für die Dorferneuerung insbesondere in Berteroda auf ein Minimum, nicht positiv zu werten ist. Herr Suck bittet darum, dass, wenn irgendwo noch Geld übrig ist, dieses für Berteroda verwendet wird.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, schlägt zum ersten Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion vor, dass die Deckung in Höhe von 2.000 Euro nicht aus der HH-Stelle 32100.60000 – Veranstaltungen und Ausstellungen, sondern aus der HH-Stelle 05000.65210 – Aus- und Fortbildung erfolgt. Die 900 Euro Erstattungen von der Gemeinde Hörselberg als Deckung können bleiben. Hinsichtlich des zweiten Änderungsantrages schlägt der Oberbürgermeister, Herr Schneider, vor, dass keine Kürzung bei den Flächennutzungs- und Bebauungsplänen sowie bei den Sachverständigen- und Gerichtskosten vorgenommen wird. Die Mehreinnahmen bei der Erbbaupacht in Höhe von 11.300 Euro können für die Straßenunterhaltung verwendet werden.

Änderungsantrag 1:

Der Haushaltsansatz 55000.71800 – Zuschüsse Sportvereine – wird um 2.900 Euro erhöht. Zur Deckung der Mehrausgabe wird neu eingefügt die Haushaltsstelle 05000.16200 – Erstattung Gemeinde Hörselberg – in Höhe von 900 Euro und der Haushaltsansatz bei der Haushaltsstelle 02000.56210 – Aus- und Fortbildung (EDV) – um 2.000 Euro reduziert.

**Abstimmung: 33 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Damit ist der Antrag angenommen.

Änderungsantrag 2:

Der Haushaltsansatz der Haushaltsstelle 63000.51000 – Unterhaltung Straßen – wird um 11.300 Euro erhöht. Zur Deckung der Mehrausgabe wird der Haushaltsansatz der Haushaltsstelle 88000.14030 – Erbbaupacht – um ebenfalls 11.300 Euro erhöht.

**Abstimmung: 31 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 2 Stimmenthaltungen**

Damit ist der Antrag angenommen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

- 1. Die Haushaltssatzung mit den Anlagen für das Haushaltsjahr 2006 und den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes für das Wirtschaftsjahr 2006 mit folgenden Eckdaten.**

A. Haushaltssatzung der Stadt Eisenach

Das Haushaltsvolumen wird wie folgt festgesetzt:

	- € -
Verwaltungshaushalt in Einnahmen und Ausgaben	74.255.713
Vermögenshaushalt in Einnahmen und Ausgaben	11.669.347
Gesamthaushalt in Einnahmen und Ausgaben	85.925.060

Die Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt beträgt 715.745 €.

Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahme zur Finanzierung von Investitionen des Vermögenshaushaltes wird in Höhe von 1.500.000 € festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 738.575 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 10.000.000 € festgesetzt.

Die Hebesätze der Gemeindesteuern sind entsprechend der vom Stadtrat in 2003 beschlossenen Hebesatzsatzung wie folgt festgelegt:

215 v. H. Grundsteuer A / 350 v. H. Grundsteuer B
380 v. H. Gewerbesteuer.

B. Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadtwerke Eisenach

Das Volumen des Wirtschaftsplanes wird wie folgt festgesetzt:

		- € -
Erfolgsplan	Im Ertrag	11.722.950
	Im Aufwand (einschl. Zins und Steuer)	12.348.950
Überschuß (+) / Verlust (-)		- 626.000
Vermögensplan	Einnahme und Ausgabe	208.000

Eine Kreditaufnahme wurde nicht geplant.

Verpflichtungsermächtigungen wurden nicht festgesetzt.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wurde auf 1.000.000 € festgesetzt.

2. Die in der Anlage 1 aufgeführten Änderungen zum Entwurf des Haushaltes 2006 sind Bestandteil des Haushaltsbeschlusses.
3. Die Änderung der Bezeichnung der Haushaltsstelle 22500.93532 in: Geräte und Ausstattungen – EDV, Oststadtschule, Altstadtstraße 30 sowie der Haushaltsstelle 22500.93534 in: Geräte und Ausstattungen – EDV, Goetheschule, Pfarrberg 1.
4. Der Haushaltsansatz der Haushaltsstelle 63000.51000 – Unterhaltung Straßen – wird um 11.300 Euro erhöht. Zur Deckung der Mehrausgabe wird der Haushaltsansatz der Haushaltsstelle 88000.14030 – Erbbaupacht – um ebenfalls 11.300 Euro erhöht.
5. Der Haushaltsansatz 55000.71800 – Zuschüsse Sportvereine - wird um 2.900 Euro erhöht. Zur Deckung der Mehrausgabe wird neu eingefügt die Haushaltsstelle 05000.16200 – Erstattung Gemeinde Hørselberg – in Höhe von 900 Euro und der Haushaltsansatz bei der Haushaltsstelle 02000.56210 – Aus- und Fortbildung (EDV) - um 2.000 Euro reduziert.

**Abstimmung: 24 Stimmen dafür
 1 Stimme dagegen
 8 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0303/2006

Pause von 17:55 Uhr – 18:20 Uhr

**Nr. 8 der TO: 1. Änderungssatzung zur Satzung zur Erhebung einer
Zweitwohnungssteuer in der Stadt Eisenach
(Zweitwohnungssteuersatzung)
hier: Beratung und Beschlussfassung**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Das Stadtratsmitglied, Herr Schenke, drückt seine Verwunderung darüber aus, dass die Vorschläge der SPD-Stadtratsfraktion und der PDS-Stadtratsfraktion des letzten Jahres nicht berücksichtigt wurden. Dies betrifft den § 2 Abs. 7 der Satzung – Steuergegenstand, Begriff der Zweitwohnung. Der Vorschlag hierzu lautete "Personen, die zum Zwecke der Schul- oder Berufsausbildung eine Nebenwohnung innehaben". Des Weiteren sollte eine Ergänzung unter g) wie folgt vorgenommen werden: „Studenten, die zum Zwecke des Studiums in Eisenach eine Nebenwohnung innehaben“.
Herr Schenke erklärt, dass er sich gewünscht hätte, dass der Haupt- und Finanzausschuss diese Dinge berücksichtigt hätte. Da dies nicht passiert ist, beantragt Herr Schenke die Verweisung dieses Tagesordnungspunktes zurück in den Haupt- und Finanzausschuss.

Der Fraktionsvorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Doht, erklärt, dass die Problematik der Zweitwohnungssteuer keine neue ist. Die Intention der SPD-Stadtratsfraktion ging immer in Richtung der Studenten der Berufsakademie. Dass es zwischenzeitlich eine Gerichtsentscheidung zugunsten der Personen mit Einkommen gibt, war nicht absehbar. Die Intention der SPD-Stadtratsfraktion wird jedoch aufrecht erhalten und deshalb wird folgender Änderungsantrag gestellt:

Die Satzung zur Erhebung der Zweitwohnungssteuer in der Stadt Eisenach wird wie folgt ergänzt:

§ 2 – Steuergegenstand, Begriff der Zweitwohnung

Der Absatz 7 wird um den folgende Punkt h) ergänzt:

h) Studenten, die zum Zwecke des Studiums an der Berufsakademie Eisenach eine Nebenwohnung innehaben

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Doht, schließt sich dem Antrag von Herrn Schenke an, dass diese Angelegenheit nochmals in den Haupt- und Finanzausschuss zurückverwiesen wird.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt die Verweisung der Beschlussvorlage „1. Änderungssatzung zur Satzung zur Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Stadt Eisenach (Zweitwohnungssteuersatzung)“ in den Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmung: **31 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

Nr. 9 der TO: Zuschuss zum 4. Wartburg-Klavierwettbewerb 2006

Das Stadtratsmitglied, Herr Köckert, nimmt aus Gründen des § 38 ThürKO an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Die Dezernentin, Frau Lieske, begründet die Beschlussvorlage.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Doht, fragt, warum diese Mittel nicht von vornherein in den Haushaltsplan aufgenommen wurden.

Die Dezernentin, Frau Lieske, macht deutlich, dass die Grundlage für die Haushaltsplanung 2006 der Haushaltsansatz 2005 war und nicht noch einmal darauf hingewiesen wurde, dass entsprechende Mittel einzustellen sind.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

- 1. Für die Durchführung des 4. Wartburg-Klavierwettbewerbs 2006 erhält der Wartburg-Klavierwettbewerb e. V. – Gesellschaft der Freunde und Förderer des nationalen Wettbewerbs einen Zuschuss in Höhe von 7.500,00 Euro – Siebentausendfünfhundert Euro im Vorgriff auf den Haushalt 2006.**
- 2. Die Gewährung des Zuschusses steht unter dem Vorbehalt, dass der 4. Wartburg-Klavierwettbewerb 2006 damit und durch Zuwendungen Dritter finanziell abgesichert ist und durchgeführt wird.**

Abstimmung: **31 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0303/2005

Nr. 10 der TO: Erhöhung des Sachkostenzuschusses der Stadt Eisenach für die Kindertagesstätten in freier Trägerschaft von 12,78 € pro Monat pro bestätigtem Platz im Bedarfsplan auf 25,00 € ab 01.01.2006

Die Dezernentin, Frau Lieske, begründet die Beschlussvorlage.

Der Ausschuss für Familie, Jugend, Soziales und Gesundheitswesen empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 9 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Erhöhung des Sachkostenzuschusses der Stadt Eisenach für die Kindertagesstätten in freier Trägerschaft von 12,78 € pro Monat pro bestätigtem Platz im Bedarfsplan auf 25,00 € ab 01.01.2006.

Abstimmung: **31 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 0304/2006

Nr. 11 der TO: **Vergabe eines Straßennamen in der Gemarkung Neukirchen, Flur 5, für die Erschließungsstraße zu den vorhandenen Gewerbebetrieben**

Der Ortschaftsrat Neukirchen empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 9 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 8 Stimmen dafür, 0 Stimme dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Das als Zufahrt zu den Gewerbegrundstücken der Firma Georg Reuss – Holzrecycling und dem Landwirtschaftlichen Unternehmen Mihla benutzte Wegegrundstück in der Gemarkung Neukirchen, Flur 5, Flurstück-Nr. 456/3, wie im beigefügten Flurkartenauszug eingezeichnet, erhält den Straßennamen „Am Reitenberg“.

Abstimmung: **31 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0305/2006

**Nr. 12 der TO: 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Benutzung der öffentlichen Grünanlagen in der Stadt Eisenach (Grünanlagensatzung)
hier: Beratung und Beschlussfassung**

Der Ausschuss für Werkausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.
Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimme dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Die 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Benutzung der öffentlichen Grünanlagen der Stadt Eisenach (Grünanlagensatzung).**

**Abstimmung: 32 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0306/2006

**Nr. 13 der TO: 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen von öffentlichen Grünanlagen in der Stadt Eisenach (Grünanlagengebührensatzung)
hier: Beratung und Beschlussfassung**

Der Ausschuss für Werkausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.
Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimme dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Die 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzung von öffentlichen Grünanlagen in der Stadt Eisenach (Grünanlagengebührensatzung).**

**Abstimmung: 32 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0307/2006

Nr. 14 der TO: Antrag der EA-Stadtratsfraktion – Antrag zur Ergänzung der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Eisenach (Fassung vom 03.09.2004) zu § 4 Abs. 3 - Fraktionen

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Verweisung in den Rechnungsprüfungsausschuss mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Das Stadtratsmitglied, Frau Fischer, begründet den Antrag. Dabei drückt Frau Fischer ihre Verwunderung darüber aus, dass dieser Antrag von Ausschuss zu Ausschuss verwiesen wird.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, erklärt, dass dieser Antrag im Ältestenrat beraten und umformuliert wurde.

Die Vorsitzende der B90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Frau Rexrodt, fragt, ob Frau Fischer nicht die geänderte Formulierung des Ältestenrates bekannt ist. Das Argument im Ältestenrat, warum die Abrechnung nicht in jedem Jahr erfolgen soll, war, dass einzelne Fraktionen die Gelder nicht in einem Jahr ausschöpfen, weil eine Ansparung erfolgt um zum Beispiel an Weiterbildungsveranstaltungen des Gemeinde- und Städtebundes teilnehmen zu können. Diese Angelegenheit wurde einvernehmlich im Ältestenrat besprochen und Herr Hofmann konnte dieser Argumentation folgen. Die Verweisung in den Rechnungsprüfungsausschuss hat den Hintergrund, erläutert Frau Rexrodt, dass dieser es insgesamt überprüft und zur Beschlussfassung dem Stadtrat vorlegt.

Das Stadtratsmitglied, Frau Fischer, antwortet, dass ihr dies bekannt ist. Für Frau Fischer ergibt sich jedoch die Frage, was mit den Abrechnungen der vergangenen Jahren ist, denn die angesprochene Verfahrensweise gilt für die Zukunft. Bisher gilt die jährliche Abrechnung entsprechend der Geschäftsordnung.

Das Stadtratsmitglied, Herr Schenke, fragt, ob Frau Fischer es gerecht findet, dass jede Fraktion unabhängig von ihrer Größe in gleicher Höhe Fraktionsgelder erhält.

Für das Stadtratsmitglied, Frau Fischer, ist dies berechtigt.

Das Stadtratsmitglied, Herr Gentzel, erklärt, dass es richtig ist, dass die Bürger erfahren, was mit den Fraktionsgelder passiert, aber es denkt auch niemand daran, den Bürgern dieses Recht zu beschneiden. Herr Gentzel kann nicht beurteilen, was in den letzten 13 Jahren passiert ist, aber Herr Gentzel kann etwas sagen, was in dieser Legislaturperiode passiert. Die Prüfung dieser Angelegenheit, teilt Herr Gentzel mit, wurde unter anderem im Ältestenrat auf den Rechnungsprüfungsausschuss übertragen. In einer Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses hat sich dieser auch schon mit der Angelegenheit befasst. Es ist zu prüfen, was und wie überhaupt abzurechnen ist, erklärt Herr Gentzel. Der Rechnungsprüfungsausschuss ist auf einem, auch zeitlich, gutem Weg für diese Legislaturperiode, da nichts verloren geht. In diesem Zusammenhang bittet Herr Gentzel, um die Teilnahme von Vertretern der einzelnen Stadtratsfraktionen bei den Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses. Herr Gentzel warnt davor, dass unterschwellig dargestellt wird, dass es beim Stadtrat „Gute“ und „nicht ganz so Gute“ gibt. Zu den unterschweligen Behauptungen gehört auch die Begründung zu diesem Antrag, erklärt Herr Gentzel, die nicht bewiesen ist. Auch warnt Herr Gentzel vor Aussagen wie zum Beispiel „Die Billigen sind die Guten“ zu dieser Angelegenheit. Abschließend erklärt Herr Gentzel, dass sicherlich eine größere Diskussion im Rechnungsprüfungsausschuss entsteht, aber man am Schluß ein Ergebnis vorlegen wird, was die Mehrheit des Stadtrates mit gutem Gewissen bejahen kann.

Der Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann, weist die Aussage von Herrn Gentzel zurück, dass von Seiten der EA-Stadtratsfraktion unverschämte und unbewiesene Behauptungen aufgestellt wurden hinsichtlich der Abrechnung der

Fraktionsgelder. Die EA-Stadtratsfraktion hat dazu Anfragen eingereicht, erklärt Herr Hofmann, und man hat dazu diese Aussagen erhalten. Dies kann auch schriftlich nachgewiesen werden. Es ist Tatsache, dass zum Abrechnungstermin nicht alle Abrechnungen vorgelegen haben, macht Herr Hofmann deutlich. Auf Grund dieser Tatsache wurde festgestellt, dass hier Regelungsbedarf besteht. Des Weiteren erklärt Herr Hofmann, dass die EA-Stadtratsfraktion von den Fraktionsgeldern aufgrund der unterschiedlichen Größen der Fraktionen am meisten profitiert. Herr Hofmann hat kein Problem damit, wenn andere Fraktionen dazu Anträge stellen, dies zu ändern. Abschließend teilt Herr Hofmann mit, dass die Verwendung der Fraktionsgelder nie in Frage gestellt wurde. Hier besteht wahrscheinlich die Verwechslung mit den Aufwandsentschädigungen, da hierzu eine andere Meinung bei der EA-Stadtratsfraktion besteht. Herr Hofmann wünscht sich auch für die Aufwandsentschädigungen eine Nachweispflicht.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert, ist verwundert, dass es jetzt zu einer Diskussion kommt, denn im Haupt- und Finanzausschuss ist diese Angelegenheit bereits besprochen wurden. Herr Köckert erklärt hinsichtlich seiner Aussage im Haupt- und Finanzausschuss, dass die Anträge der EA-Stadtratsfraktion zum Teil Passagen enthält, die unterstellend und für andere Stadtratsmitglieder defamierend wirken, dass wenn man zum Beispiel das Flugblatt des Eisenacher Aufbruchs nimmt, dort eine Unterscheidung vorgenommen wird zwischen den „Guten“ – dem Eisenacher Aufbruch - und den Stadtratsmitgliedern, die nicht in der Lage sind über die Gelder Rechenschaft abzulegen. Die Herausgabe des Flugblattes erfolgte, nach dem bereits im Ältestenrat, an dem Herr Hofmann teilgenommen hat, die Verfahrensweise genau besprochen wurde. Des Weiteren weist Herr Köckert darauf hin, dass die CDU-Stadtratsfraktion genauso viel Fraktionsgeld zur Verfügung hat wie die EA-Stadtratsfraktion. Herr Köckert teilt dazu mit, wieviel Geld jeder Fraktion für ein Fraktionsmitglied im Monat und im Jahr zur Verfügung steht und hebt die große Spanne hervor. Diese Tatsachen werden nicht im Flugblatt erwähnt, obwohl dies zu einer vollständigen Information dazugehört, erklärt Herr Köckert.

Der Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann, weist die Vorwürfe von Herrn Köckert zurück und erklärt, dass die EA-Stadtratsfraktion die Abrechnung der Fraktionsgelder abgegeben hat, so dass nicht öffentlich spekuliert werden muss. Hinsichtlich des Flugblattes teilt Herr Hofmann mit, dass in diesem nicht die Rede ist von den Fraktionsgeldern.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Doht, stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Beendigung der Debatte und Verweisung in den Rechnungsprüfungsausschuss.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt die Verweisung des Antrages der EA-Stadtratsfraktion – Antrag zur Ergänzung der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Eisenach (Fassung vom 03.09.2004) zu § 4 Abs. 3 – Fraktionen – in den Rechnungsprüfungsausschuss.

**Abstimmung: 30 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 1 Stimmenthaltungen**

Nr. 15 der TO: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion – Rathauskurier

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Verweisung in den Haupt- und Finanzausschuss mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Doht, erklärt, dass die Intention der Fraktion ist, dass ein Mitteilungsblatt geschaffen wird, das kostenlos der Eisenacher Bevölkerung zur Verfügung gestellt wird. Herr Doht möchte die Verweisung in den Haupt- und Finanzausschuss mit einem Prüfantrag verbinden und stellt folgenden Änderungsantrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, welche Kosten entstehen, wenn Bekanntmachungen in einem Wochenblatt, das einmal oder auch zweimal wöchentlich in alle Haushalte verteilt wird.

Das Stadtratsmitglied, Herr Schenke, erklärt, dass die ausgewiesenen Kosten eindeutig zu hoch sind. Herr Schenke hat sich mit der Stadt Mühlhausen in Verbindung gesetzt und von dort wurde mitgeteilt, dass eine Ausgabe A4 vierseitig im Monat 950 Euro kostet. Die Erstellung des Amtsblattes der Stadt Mühlhausen erfolgt durch den Wittig – Verlag. Herr Schenke bittet um Prüfung durch die Verwaltung wie hoch die Kosten bei anderen Städten liegen, da es wesentlich günstigere Angebote gibt als das ausgewiesene.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Die Verweisung des Antrages der SPD-Stadtratsfraktion – Rathauskurier - in den Haupt- und Finanzausschuss.**

**Abstimmung: 31 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen**

Nr. 16 der TO: Antrag der EA-Stadtratsfraktion – Antrag zur Ergänzung des § 17 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Eisenach (Fassung vom 03.09.2004)

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt:
Der § 17 der Geschäftsordnung wird in Absatz (2) nach Satz 1 wie folgt ergänzt:
Die Beantwortung von Anfragen soll dem Anfragenden mindestens 24 Stunden vor der Stadtratssitzung zugehen.

Abstimmung zum Satz 1 des Antrages: 6 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
1 Stimmenthaltung

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt:
Der § 17 der Geschäftsordnung wird in Absatz (2) nach Satz 1 wie folgt ergänzt:
Sofern bei der Antwort auf Gesetze, Verordnungen u.ä. verwiesen wird, ist der notwendige Wortlaut des betreffenden Paragraphen zu zitieren.

Abstimmung zum Satz 2 des Antrages:

7 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Verweisung des Satzes 3 des Antrages der EA-Stadtratsfraktion in den Haupt- und Finanzausschuss mit:

7 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

1. **Der § 17 der Geschäftsordnung wird in Absatz (2) nach Satz 1 wie folgt ergänzt: Die Beantwortung von Anfragen soll dem Anfragenden mindestens 24 Stunden vor der Stadtratssitzung zugehen.**
2. **Der § 17 der Geschäftsordnung wird in Absatz (2) nach Satz 1 wie folgt ergänzt: Sofern bei der Antwort auf Gesetze, Verordnungen u.ä. verwiesen wird, ist der volle Wortlaut des betreffenden Paragraphen zu zitieren.**
3. **Die Verweisung des Satzes 3 des Antrages der EA-Stadtratsfraktion in den Haupt- und Finanzausschuss.**

Abstimmung: **29 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 2 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: **0308/2006**

Nr. 17 der TO: **Antrag der EA-Stadtratsfraktion – Sanierung der Berufsschule „Ludwig Ehrhardt“**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Ablehnung des Antrages mit 3 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 4 Stimmenthaltungen.

Der Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann, begründet den Antrag. Hinsichtlich der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses erklärt Herr Hofmann, dass er dies nicht nachvollziehen kann, da man sicherlich über die Formulierung und die Deckungsvorschläge diskutieren und verbessern kann. Aus diesem Grund beantragt Herr Hofmann die Verweisung des Antrages in die zuständigen Ausschüsse.

Die Fraktionsvorsitzende der B90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Frau Rexrodt, erklärt, dass sie sich gegen den Antrag, auch gegen den Antrag der Verweisung, ausspricht. Grundsätzlich, teilt Frau Rexrodt, mit, ist der Antrag ehrenhaft und jedes Stadtratsmitglied würde diesem auch zustimmen, wenn er so formuliert wäre, dass man ihm zustimmen kann. Zunächst verweist Frau Rexrodt auf die Verfahrensweise der Antragstellung zu Änderungen des Haushaltes, wie es heute für die Aula der Goetheschule vorgenommen wurde. Dieser Antrag hätte in der Haushaltsdebatte eingebracht werden können mit einem entsprechenden Deckungsvorschlag. Nach Meinung von Frau Rexrodt ist der ausgewiesene Deckungsvorschlag im Antrag „Gewinnung von Sponsoren“ kein Deckungsvorschlag sondern eine Variable. Für Frau

Rexrodt ergibt sich des Weiteren die Frage, wie die Beschränkungen der Entschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten von Mandatsträgern gemeint ist. Auch die Begründung, dass es für eine sanierte Schule leichter ist, Lehrer zu bekommen, ist für Frau Rexrodt nicht nachvollziehbar. Sicherlich würde jeder Lehrer gerne in einer sanierten Schule unterrichten, jedoch werden die Lehrer durch das Kultusministerium eingesetzt, dort wo sie gebraucht werden. Die Aussage, dass durch die Sanierung die Motivation der Schüler und Lehrer gesteigert wird, weist Frau Rexrodt von sich, denn die Lehrer sind auch in einer nicht sanierten Schule motiviert. Abschließend erklärt Frau Rexrodt, dass sie diesen Antrag ablehnt, da zum einen die Begründung jeder Grundlage entbehrt und zum anderen kein entsprechender Deckungsvorschlag gemacht wurde.

Das Stadtratsmitglied, Herr Schenke, weist darauf hin, dass der Ursprung des Antrages in einem Antrag der Schüler und Schülerinnen des Berufsschulzentrums liegt. Man hat damit einmal die Chance über einen Antrag abzustimmen, die durch die Jugend eingebracht wurde, hebt Herr Schenke hervor. Sicherlich läßt sich über die Formulierung streiten, aber Herr Hofmann hat Recht, was die Sanierung des Berufsschulzentrums betrifft. Hierüber herrscht sicherlich Einvernehmen bei allen Fraktionen, stellt Herr Schenke fest. Das Problem für Herrn Schenke ist somit der Deckungsvorschlag, erklärt Herr Schenke. Da die Möglichkeit eines Nachtragshaushaltes besteht, sollte nach Ansicht von Herrn Schenke nochmals über den Antrag beraten werden. Aus diesem Grund befürwortet Herr Schenke die Verweisung in die zuständigen Ausschüsse.

Der Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann, stellt klar, dass man bei diesem Antrag den Antrag der Berufsschüler zitiert hat. Aus diesem Grund sind die Formulierungen vielleicht nicht ganz so gut gewählt. Hinsichtlich der Aussage von Frau Rexrodt, dass es sich hierbei um Investitionen in Millionenhöhe geht, teilt Herr Hofmann mit, dass Thermostate von Heizungen oder Fenstergriffe keinen Millionen verschlingen. Abschließend bittet Herr Hofmann darum, dass man das Anliegen nicht nur als berechtigt darstellt, sondern es auch umsetzt.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt die Verweisung des Antrages der EA-Stadtratsfraktion – Sanierung der Berufsschule „Ludwig Ehrhardt“ – in die zuständigen Ausschüsse.

**Abstimmung: 8 Stimmen dafür
 13 Stimmen dagegen
 7 Stimmenthaltungen**

Somit ist der Antrag abgelehnt.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Der Antrag der EA-Stadtratsfraktion „Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie das Berufsschulzentrum „Ludwig Ehrhardt“ einschließlich Parkplätze so weit saniert und instandgesetzt werden kann, dass der Unterricht bis zum vorgesehenen Neubau unter erträglichen Bedingungen abgehalten werden kann. Die Sanierung soll mindestens folgende unaufschiebbare Maßnahmen beinhalten:

- **Instandsetzung der Heizungsanlage, so dass die Raumtemperatur regulierbar ist**

- Anbringen funktionsfähiger Jalousien an allen Fenstern zum Schutz vor Sonneneinstrahlung
- Instandsetzung bzw. Erneuerung von Fenstern soweit notwendig, um diese öffnen und schließen zu können
- Beseitigung der größten Schlaglöcher auf den Parkplätzen

Zusätzlich sollten möglichst auch die Sanitäranlagen saniert werden.

Der Finanzbedarf für die Sanierung soll auf folgende Weise gedeckt werden:

1. Gewinnung von Sponsoren, insbesondere unter den Firmen, deren Auszubildende in der Berufsschule lernen
2. Durch Einsparungen im städtischen Haushalt, zum Beispiel durch Entfall des „Stadtgastes“ und durch Beschränkung der Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeiten von Mandatsträgern.“ wird abgelehnt.

Abstimmung: 2 Stimmen dafür
 15 Stimmen dagegen
 13 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0309/2006

Nr. 18 der TO: **Antrag der DIE LINKE.PDS-Stadtratsfraktion – Bericht über die Umsetzung der Regelungen des SGB II hinsichtlich der Integration von Jugendlichen in Arbeit**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt den Antrag der DIE LINKE.PDS-Stadtratsfraktion – Bericht über die Umsetzung der Regelungen des SGB II hinsichtlich der Integration von Jugendlichen in Arbeit - in den Ausschuss für Familie, Jugend, Soziales und Gesundheitswesen zu verweisen mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt die Verweisung des Antrages der DIE LINKE.PDS-Stadtratsfraktion – Bericht über die Umsetzung der Regelungen des SGB II hinsichtlich der Integration von Jugendlichen in Arbeit - in den Ausschuss für Familie, Jugend, Soziales und Gesundheitswesen.

Abstimmung: 27 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 1 Stimmenthaltung

Nr. 19 der TO: **Antrag der DIE LINKE.PDS-Stadtratsfraktion – Unterstützung der Proteste gegen die geplante EU-Dienstleistungsrichtlinie (Bolkestein-Richtlinie)**

Die Fraktionsvorsitzende der DIE LINKE.PDS-Stadtratsfraktion, Frau May, begründet den Antrag.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert, erklärt, dass über den Antrag bereits im Haupt- und Finanzausschuss diskutiert wurde. Herr Köckert weist darauf hin, dass der Stadtrat sich mit den Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises

zu beschäftigen hat. Sicherlich gibt es viele Dinge, erklärt Herr Köckert, die auf höheren Ebenen entschieden werden, die Auswirkungen auf die Stadt bzw. auf jeden Bürger haben. Herr Köckert führt beispielhaft auf, gegen was man sich überall mit entsprechenden Schreiben wehren könnte, da es in irgendeiner Form Auswirkungen auf die Stadt und ihre Bürger hat. Diese Dinge sind jedoch nicht Angelegenheiten des Stadtrates. Für Herrn Köckert besteht die Gefahr, wenn man einmal damit anfängt, dass man sich zunehmend mit Angelegenheiten beschäftigt, die auf anderen Ebenen beraten und beschlossen werden. Aus diesem Grund lehnt Herr Köckert, dieser durchaus richtigen Angelegenheit, ab. Inhaltlich gibt Herr Köckert den Ausführungen von Frau May recht. Jedoch ist der Weg über den Stadtrat nicht angemessen, erklärt Herr Köckert. Abschließend erklärt Herr Köckert, dass er seiner Fraktion empfohlen hat, an dieser Abstimmung nicht teilzunehmen.

Die Fraktionsvorsitzende der DIE LINKE.PDS-Stadtratsfraktion, Frau May, erklärt zu den Ausführungen von Herrn Köckert, dass sicherlich nicht zu jeder Angelegenheit ein Schreiben verfasst werden sollte. Jedoch ist diese Angelegenheit so gravierend in ihren Auswirkungen, dass man ein entsprechendes Zeichen setzen sollte. Nach dem derzeitigen Kenntnisstand von Frau May ist es sogar nicht abwägig, dass diese Angelegenheit im Europäischen Parlament befürwortet wird. Aus diesem Grund bittet Frau May nochmals um Zustimmung zu diesem Antrag.

Das Stadtratsmitglied, Herr Schenke, teilt mit, dass es in dieser Angelegenheit fünf vor zwölf ist. Die Fraktion DIE LINKE.PDS fordert eine demokratische Positionierung, dass man gegen die Bolkesteinrichtlinie ist. Auch Herr Schenke macht darauf aufmerksam, dass die Gefahr besteht, dass der Bolkesteinrichtlinie im Februar zugestimmt wird, da der zuständige Ausschuss mit den Stimmen der CDU-Deutschland diese Richtlinie empfohlen hat. Herr Schenke geht nochmals auf die Auswirkungen ein und erklärt, dass er sich gewünscht hat, dass hier im Stadtrat eine Anhörung durchgeführt wird, wie die Auswirkungen genau sind.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, weist darauf hin, dass der Brief, so wie er formuliert ist, nicht versendet werden kann, da der Oberbürgermeister die Stadt gemäß Thüringer Kommunalordnung nach außen vertritt. Der Stadtrat kann folglich diesen Brief nicht versenden.

Auszeit von 19:30 Uhr bis 19:35 Uhr

Die Fraktionsvorsitzende der DIE LINKE.PDS- Stadtratsfraktion schlägt vor, dass Antrag sowie der beigefügte Brief dahingehend verändert wird, dass nicht der Stadtrat sondern der Oberbürgermeister diesen Brief versendet.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Der Oberbürgermeister der Stadt Eisenach wird beauftragt, den beigefügten Brief an das Europäische Parlament zu senden, in dem die Abgeordneten aller Fraktionen des Europaparlaments aufgefordert werden, der für die Verabschiedung im Februar 2006 vorgesehenen Dienstleistungsrichtlinie (Bolkestein-Richtlinie) nicht zuzustimmen.

Abstimmung: 17 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 1 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 0310/2006

Die Stadtratsmitglieder der CDU-Stadtratsfraktion nehmen nicht an der Abstimmung teil.

Nr. 20 der TO: Anfragen

- Reg.-Nr. 99/2005 Anfrage der DIE LINKE.PDS-Stadtratsfraktion
Thema: Bebauungsplan Nr. 14 „Auf dem Gries“ – Trinkwasser/
Brauchwasser
Es gibt keine Zusatzfragen.
- Reg.-Nr. 109/2005 Anfrage der Die LINKE.PDS-Stadtratsfraktion
Thema: AIDS – Hilfe in Eisenach
Es gibt keine Zusatzfragen.
- Reg.-Nr. 110/2005 Anfrage der DIE LINKE.PDS-Stadtratsfraktion
Thema: Hartz IV - Weihnachtsbeihilfe
Es gibt keine Zusatzfragen:
- Reg.-Nr. 111/2005 Anfrage der DIE LINKE.PDS-Stadtratsfraktion
Thema: Berufsausbildung in Eisenach
Es gibt keine Zusatzfragen.
- Reg.-Nr. 112/2005 Anfrage der Die LINKE.PDS-Stadtratsfraktion
Thema: Wohnsituation von ALG II Empfängern in Thüringen
Es gibt keine Zusatzfragen.
- Reg.-Nr. 113/2005 Anfrage der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion
Thema: Auflistung aller in städtischem Besitz befindlichen Brach-
flächen
Es gibt keine Zusatzfragen.
- Reg.-Nr. 115/2006 Anfrage der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion
Thema: Zuwendung Fördermittel an Eisenacher Kulturkreis e.V.
Zu Antwort 1:
Zu welchem Ergebnis kam die Beratung des
Rechnungsprüfungsausschusses?
Zu Antwort 2:
Aus welchem Jahr stammt der „unzureichende“
Verwendungsnachweis, für welches Projekt wurde dieser erstellt
und in welcher Höhe belief sich die Zuwendung der Stadt zu diesem
Projekt?
Welche Gründe können genannt werden, dass dieser
Rückforderungsbescheid nicht bereits früher ausgestellt wurde?
Ist es üblich, dass Verwendungsnachweise einer vierjährigen
Prüfung unterliegen, bevor Rückforderungsbescheide wegen
Fehlerhaftigkeit verschickt werden?

Zu Antwort 3:

Seitens des Finanzamtes und seitens des Amtsgerichtes gibt es keinen Hinweis auf eine Gemeinnützigkeit des Vereins.

Hat der Fachausschuss im November 2005, weil er darüber nicht informiert wurde, die 500,00 € Förderung für den Kulturkreis entgegen den Maßgaben der Kulturförderrichtlinien beschlossen?

Zu Antwort 4:

Wurde der Rechnungsprüfungsausschuss über den Rückforderungsbeschluss informiert?

Was bedeutet „Bestandteil der Visakontrolle im Jahr 2003“?

Zu Antwort 5:

Die Abschnitte 1 bis 4 sagen, inhaltlich zusammengefasst, aus, dass alle Fördermittelanträge nach eingehender Prüfung durch das Fachamt und durch den Fachausschuss dem Oberbürgermeister zur Ausreichung derselben vorgelegt wurden.

Hatte der Oberbürgermeister Kenntnis von den Beanstandungen des Rechnungsprüfungsamtes aus den Vorjahren, den Rückforderungsbescheiden und der fehlenden Gemeinnützigkeit des Vereins?

Wie ist es möglich, dass Förderrichtlinien, die im „Amtsblatt der Stadt Eisenach Nr. 13/96 v. 08.08.1996, in Kraft getreten am 31.05.1996“ veröffentlicht wurden und allen Vereinen als Grundlage ihrer Förderanträge dienen „eine interne Regelung und keine gesetzliche Bestimmung“ sind?

Heißt das, dass in den vergangenen Jahren die Entscheidung – wer erhält Förderung und wer nicht – „intern“ geregelt wurde und nicht nach Maßgabe der in den Richtlinien festgelegten Paragraphen?

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, informiert, dass derzeit die Prüfung aller Zuwendungen durch das Rechnungsprüfungsamt erfolgt. Hierzu merkt der Oberbürgermeister, Herr Schneider, an, dass der Auftrag der Prüfung an eine Mitarbeiterin des Rechnungsprüfungsamtes gestellt wurde, da die Amtsleiterin des Rechnungsprüfungsamtes daraufhingewiesen hat, dass diese Mitglied des Kulturkreises ist.

Die Antworten werden schriftlich nachgereicht.

Reg.-Nr. 116/2006 Anfrage der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion
Thema: Gefährdung des Status der Wartburg als Weltkulturerbe der UNESCO

Das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, fragt, was beim letzten Satz der Antwort bedeutet „Abschnitt der Festlegung der Vorranggebiete für die Nutzung der Windenergie wurde vorgezogen“. Des Weiteren fragt Frau Wolf, ob es eine Nabenhöhe gibt, mit der die Stadt Eisenach leben könnte und wie gedenkt die Stadt Eisenach mit den Interessen des Betreibers umzugehen.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, erklärt, dass die Stadt Eisenach nicht für die Gemeinde Marksuhl zuständig. Die Bauordnungsbehörde ist beim Landkreis. Die Stadt Eisenach hat nur einen Einfluss über die Regionale Planungsgemeinschaft. Dort wurde der Antrag durch den Oberbürgermeister, Herr Schneider, gestellt, dass das Kapitel Windkraft der zu überarbeitenden Regionalen Raumordnungspläne vorgezogen und vorrangig bearbeitet wird.

Das Heruntergehen in der Nabenhöhe durch den Betreiber ist dem Oberbürgermeister, Herr Schneider, nicht bekannt. Bei der damaligen Planung ist man von ca. 75 m ausgegangen und dies könnte ein Kompromiss sein.

Für den Oberbürgermeister, Herrn Schneider, wäre die beste Lösung, wenn an diesem Standort keine Windkraftanlage entsteht. Hinsichtlich der finanziellen Dinge erklärt der Oberbürgermeister, Herr Schneider, dass aufgrund der fehlenden Zuständigkeit man keine Möglichkeiten hat. Hier besteht keine Einflussmöglichkeit durch die Stadt Eisenach.

Ende der öffentlichen Sitzung um 19:55 Uhr

Nichtöffentlicher Teil

Meyer
Vorsitzender
des Stadtrates